

fizielle Bezeichnung seit Ende 1999), darf mit der Ausstellung von Visa beginnen. Die Einreisedokumente für Taiwan werden an Bürger Macaus sowie an Festlandschinesen und Ausländer ausgegeben, die über Macau nach Taiwan fliegen. Die Regierung der SVR Macau verkündete am 5. Januar, dass sie die Erlaubnis hierfür erteilt habe. Das Büro von Regierungschef Edmund Ho teilte dazu mit, die Entscheidung sei in Einklang mit der „Ein-China-Politik“ Beijings getroffen worden. Taipei begrüßte den Schritt. Der Leiter des Zentrums Tsai Jy-jon (Tsai Chi-chung), Direktor der Abteilung für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten unter dem Mainland Affairs Council, bedankte sich dafür am 17. Februar. Er nannte die politische Situation in Macau „viel einfacher“ als in Hongkong. Besucher aus Taiwan brauchen im Gegensatz zu Hongkong vor ihrer Ankunft in Macau kein Visum zu beantragen und können ohne Visum bis zu 30 Tage bleiben. Auch für taiwanische Geschäftsleute ist es leichter, sich in Macau als in Hongkong niederzulassen. Tsai trat im April 2001 sein Amt an und ist der vierte Leiter seit Eröffnung einer Taiwan-Vertretung im Jahr 1990.

Als Macau noch unter portugiesischer Verwaltung stand, war es dem Vorgänger des Zentrums, dem „Handels- und Tourismusbüro Taipeis in Macau“ (*Taipei Trade and Tourism Office in Macau*), nicht erlaubt, an Einheimische und Ausländer Visa auszugeben. Diese mussten erst nach Hongkong fahren, wenn sie Taiwan besuchen wollten. In Hongkong fungiert der Chung Hwa Reisedienst als Taiwan-Vertretung. Taiwan ist für Macau von großer wirtschaftlicher Bedeutung, insbesondere beim Luftverkehr und Tourismus. Letztes Jahr kamen etwa 1,4 Millionen Besucher aus Taiwan, 14 Prozent der Gesamtzahl. Drei Viertel des Passagieraufkommens auf Macaus Internationalem Flughafen gehen auf die quasi-Direktflüge zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland zurück. Rund 15.000 Bürger Macaus arbeiten oder studieren in Taiwan. (RMRB, 7.1.02; Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 5.1.02; CNAT web site, 5.1.02, in BBC PF, 6.1.02; CNAT web site, 18.1.02, in BBC PF, 19.1.02; SCMP, 12.1.02) -ljk-

Taiwan

35 WTO-Beitritt in Kraft, Taiwan behält sich Handels-schranken gegenüber dem Festland vor

Zum 1. Januar 2002 trat Taiwans Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO in Kraft, nachdem die WTO-Generalversammlung im November einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte. (Vgl. C.a., 2001/11, Ü 36) Taiwan wählte den 1. Januar als Stichtag, um die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen zu erleichtern.

Die Verbraucher freuten sich über sinkende Preise bei importierten Lebensmitteln, dennoch überwog der Ärger, da die Subventionen für den allenthalben zum Kochen verwendeten Reiswein entfielen und sich dessen Preis versechsfachte. Auch Zigaretten wurden teurer. Da die Verbraucher noch einige Millionen Flaschen subventionierten Reisweins horten, fiel dessen Absatz Anfang Januar auf nahe Null.

Ausländische Beobachter sind der Ansicht, dass sich Taiwan über die Chancen und Risiken der WTO-Mitgliedschaft noch nicht genügend im Klaren ist und bislang die politischen Vorteile im Vordergrund der Wahrnehmung standen – die WTO ist die bedeutendste internationale Organisation, in der Taiwan, ansonsten diplomatisch isoliert, vertreten ist. Ein besonders heikles Feld, was die nötigen Öffnungsschritte angeht, ist die Gestaltung der Austauschverhältnisse mit der VR China. Hier bestehen auf taiwanischer Seite noch erhebliche Handelsschranken, die nun abgebaut werden müssen. Premier Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) kündigte Anfang Januar ein vorsichtiges, langsames Vorgehen an. Der Rat für Festlandsfragen (MAC) fürchtet, dass die Schutzmaßnahmen, die nach dem WTO-Reglement zulässig sind, sich für Taiwan als ungenügend erweisen, sollte die VR China beispielsweise Taiwan mit Waren zu Dumpingpreisen überschwemmen und sich bilateralen Gesprächen über die Gestaltung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen verschließen – für

Verhandlungen auf Regierungsebene macht China bislang zur Vorbedingung, dass Taiwan die Ein-China-Doktrin anerkenne. Die MAC-Vorsitzende Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) erklärte, Taiwan könne gezwungen sein, eigene Maßnahmen zu ergreifen, die den WTO-Regeln widersprechen; die WTO würde jedoch nur dann gegen Taiwan aktiv werden, wenn sich China beschwere. China werde diesen Schritt jedoch vermeiden, da es das als intern geltende Verhältnis zu Taiwan damit internationalisieren würde.

Tsai erklärte, Waren vom Festland würden wie folgt klassifiziert:

- a) in sofort einführbare,
- b) in solche, die ab einem festzulegenden Datum in der Zukunft importiert werden können, und
- c) Produkte, die einstweilen vom Handel ausgeschlossen bleiben.

Die Liste der handelbaren Güter werde alle sechs Monate überprüft.

In einem ersten Schritt billigte die Regierung Mitte Januar eine Liste von 2.126 Produkten, die ab Mitte Februar vom Festland importiert werden dürfen, darunter 901 landwirtschaftliche Produkte. Die Zahl der freigegebenen Warenkategorien erhöht sich damit auf 8.014 (nach anderen Angaben: 8.093). Für etliche Agrarprodukte wurden jedoch Quoten festgesetzt. Außerdem sollen chinesische Investitionen in Taiwans Tertiärsektor einschließlich dem Immobilienmarkt erlaubt werden. Ebenfalls soll Werbung für festländische Waren und Dienste in Zukunft zulässig sein. (TH, 2.1., 3.1. und 17.1.02; AWSJ, 15.1.02; TT, 3.1., 17.1.02; CNAT, nach BBC PF, 18.1.02) -hws-

36 Umfassende Kabinettsbildung

Gemäß der taiwanischen Verfassung hat mit dem Ende einer Legislaturperiode das gesamte Kabinett zurückzutreten. Dies geschah am 21. Januar. Nach den Parlamentswahlen am 1. Dezember erfolgt die Konstituierung des neuen Legislativ-Yuan zum 1. Februar. Präsident Chen und sein neuer Premier nutzten die Gelegenheit für eine sehr weitgehende Umbildung des Kabinetts.

Wichtigster neuer Mann ist Yu Shikun (You Xikun), der Chang Chunhsung (Zhang Junxiong) als Premierminister ablöst. Yu war bislang Stabschef des Präsidenten, ein Posten, der funktionell dem deutschen Kanzleramtsminister ähnelt. Der 53-jährige Yu gilt als sehr integrierter und zurückhaltender, aber beharrlicher Mann, der das besondere Vertrauen des Präsidenten genießt. Die Neubesetzung dieses Amtes ist umso wichtiger, als die Regierungspartei DPP auch nach den Neuwahlen über keine Mehrheit im Parlament verfügt und eine Koalition nicht zustande gebracht werden konnte. Der scheidende Premier Chang hatte es nicht verstanden, unnötige Konflikte mit der Parlamentsmehrheit zu vermeiden und unvermeidliche zu entschärfen, sondern die Opposition im Gegenteil mehrfach gegen sich aufgebracht. Vor allem der gescheiterte Versuch, den Bau des 4. Atomkraftwerks zu stoppen, hatte zu einer Blockade der Gesetzgebung geführt, für die Chang ein Gutteil Verantwortung trug. Von dem unbelasteten neuen Premier wird ein konzilianter Umgang mit der Parlamentsmehrheit erwartet. Seine Fähigkeit, Personen mit divergierenden Interessen an einen Tisch zu bringen, hatte Yu letztes Jahr bei der Organisation des parteiübergreifenden Wirtschaftsberatungskomitees erwiesen. (S. C.a., 2001/8, Ü 38) Zuvor, von Mai bis Juli 2000, war Yu bereits Stellvertretender Premierminister gewesen, dann jedoch wegen einer gescheiterten Rettungsaktion, die vier Menschenleben kostete, zurückgetreten, obwohl ihn persönlich keine unmittelbare Schuld traf. (Vgl. C.a., 2000/7, Ü 39) Wie Präsident Chen stammt Yu aus einer armen Bauernfamilie. (CNAT, nach BBC PF 21.1.02; TT, 22.1.02) Seine politische Karriere ist eng mit derjenigen Chen Shui-bians verknüpft. Neuer Vizepremier wird Lin Hsin-yi (Lin Xinyi), bisher Wirtschaftsminister.

Das Amt des Außenministers übernimmt Eugene Chien (Jian Youxin), der zuvor Vizeregierungschef des Präsidenten war und nun Tien Hungmao (Tian Hongmao) ablöst. Die bisherige Innenministerin Chang Po-ya (Zhang Boya), die die in sie gesetzten hohen Erwartungen wohl nicht ganz erfüllen konnte, wird ersetzt durch den bisherigen Vorsitzenden des Krei-

ses Kaohsiung (Gaoxiong), Yu Chenghsien (Yu Zhengxian). Der bisherige Finanzminister Yen Ching-chang (Yan Qingzhang) übernimmt die Leitung von Taiwans WTO-Vertretung in Genf. Sein Nachfolger wird Lee Yung-san (Li Yongsan), bislang Vorsitzender der International Commercial Bank of China. Ebenfalls aus der Privatwirtschaft kommt Christine Tsung, die das Wirtschaftsressort übernimmt; sie leitete bislang die Fluggesellschaft China Airlines und gilt als sehr kompetent – in der derzeitigen Rezession stärkte schon ihre Aufsehen erregende Berufung das Ansehen der neuen Regierung. Generell zeigte sich die Geschäftswelt von den neuen Köpfen angetan. Als die Namen bekannt wurden, sprang das Börsenbarometer Taiex um 275 Punkte oder 4,98% in die Höhe, und auch der Taiwan-Dollar legte gegenüber dem US-Dollar zu. – Neu geschaffen wurde der Posten des Regierungssprechers. (TH, 22.1.02; TT, 25.1.02)

Schon vorab war heftig darüber spekuliert worden, wer neuer Verteidigungsminister werden würde. Präsident Chen hatte zunächst einen Zivilisten berufen wollen, entschied sich dann aber doch für einen Mann des Militärs, da die Zeit für einen Zivilisten in diesem Amt „noch nicht reif“ sei. (TT, 10.1.02). Der neue Amtsinhaber, General Tang Yao-ming, fällt gleichwohl aus dem Rahmen des Üblichen: Mit ihm wird erstmals ein gebürtiger Taiwaner diesen Posten übernehmen; zudem ist Tang Mitglied der Oppositionspartei KMT. Die Berufung ist umso bedeutender, als sein Posten ab 1. März im Zuge der Einführung einer neuen Kommandostruktur erheblich aufgewertet wird. Bislang stellte das Verteidigungsministerium wenig mehr als ein Kommissariat des Generalstabs dar, der direkt dem Präsidenten unterstand; jetzt wird erstmals der Verteidigungsminister Vorgesetzter des Generalstabs. Auch andere militärische Führungsämter wurden im Zuge von Tangs Berufung neu besetzt. (TT, 23.1.02)

Weitere Neubesetzungen erfolgten auf anderen Posten. Zu denen, die aus dem alten Kabinett übernommen wurden, zählen der angesehene Justizminister Chen Ding-nan und die Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen Tsai Ing-wen (Cai Yingwen). Insgesamt

wurden 23 Posten neu besetzt, 16 Personen von Ministerrang behielten ihre Ämter. Acht sind Frauen, das Durchschnittsalter der 39 beträgt 53. (CNAT, nach BBC PF, 22.1. und 24.1.02) -hws-

37 Vorsichtiger Optimismus nach Annäherungsangebot aus Beijing

Nach dem Desaster, den die beijingfreundlichen Oppositionsparteien KMT und NP bei der Parlamentswahl im Dezember erlebten, unterzog Beijing seine erneut gescheiterte Taiwanpolitik offenbar einer gewissen Revision und nimmt von der bisherigen Linie Abschied, jegliche Kontakte mit der unabhängigkeitsorientierten Regierungspartei DPP und ihren Mitgliedern zu tabuisieren. Dies deutet sich in einer Rede von Vizepremier Qian Qichen an, in der dieser erstmals Mitglieder der unabhängigkeitsorientierten Demokratischen Fortschrittspartei DPP einlädt, das Festland zu besuchen. Hier die entscheidende Passage im Wortlaut:

„Wir sehen, dass die große Mehrheit der DPP-Mitglieder sich von der kleinen Zahl hartnäckiger Elemente unterscheidet, die ein unabhängiges Taiwan wollen. Wir heißen erstere willkommen, in angemessener Funktion das Festland zu besuchen, um das Verständnis zu mehren.“ (Xinhua, nach BBC PF, 24.1.02)

Mitglieder der Taipeier Regierung, Vertreter der DPP sowie Oppositionspolitiker begrüßten die Äußerung als freundliche Geste, auch wenn es, wie DPP-Generalsekretär Wu Nai-jen (Wu Nairen) hinzufügte, ein Irrtum sei zu meinen, die DPP-Mitglieder teilten sich in Gegner und Befürworter von Taiwans Unabhängigkeit. (CNAT, nach BBC PF, 25.1.02; TT, 25.1.02) Die neue Linie kam für Taiwan nicht ganz überraschend. Bereits Anfang Januar hatte der Rat für Festlandsfragen (MAC) erklärt, es gebe Hinweise, dass Beijing eine neue Politik gegenüber Taiwan formuliere um die Lücke zu schließen, die zwischen seiner Wahrnehmung der öffentlichen Meinung in Taiwan und der Realität klappte. (CNAT, nach BBC PF, 4.1.02) Nach der Rede Qian Qichens, die am 24.1. erfolgte, hielten sich die MAC-

Vorsitzende Tsai Ing-wen (Cai Ying-wen) und andere MAC-Vertreter mit Äußerungen sehr zurück. Tsai warnte vor zu großem Optimismus. Es gebe Stimmen, wonach Qian seine Äußerung vor allem „für Ohren in Washington“ gemacht habe (im Hinblick auf den kommenden Besuch des US-Präsidenten in Beijing). Auch wenn dies nicht unbedingt zutreffe, brauche man mehr Zeit, um Qians Äußerung zu analysieren und um festzustellen, ob sich dahinter mehr verberge als ein bloßes „Aufblitzen auf dem Bildschirm“. (TH, 28.1.02)

Keine weitere Analyse brauchte Vizepräsidentin Annette Lü: Wenn Qian Festlandsreisen von DPP-Mitgliedern „in angemessener Funktion“ willkommen heiße, so solle man sie doch kommen lassen. (CNAT, nach BBC PF, 25.1.02) Lü, die die sensiblen Beziehungen zwischen Taipei und Beijing schon oft mit ihrer scharfen Zunge störte und dieses Mal gleich hinzufügte: „Beijings Lächeln kann gefährlicher sein als Raketen“, wäre allerdings die letzte, die in Beijing willkommen wäre. (CNAT, nach BBC PF, 25.1.02) Wenn sie mit ihrem Vorpreschen einen neuen Annäherungsversuch möglichst rasch diskreditieren wollte, so ist ihr das offenbar gelungen, denn ein Regierungssprecher in Beijing sah sich anschließend genötigt zu erklären, dass Lü wie auch Präsident Chen nicht zur willkommenen Mehrheit der DPP-Mitglieder gezählt werden, und es gebe auch keine Änderung in der Taiwanpolitik. Der Rat für Festlandsfragen konterte, Zhangs Äußerungen ließen Respekt gegenüber der politischen Führung Taiwans vermissen und seien nicht geeignet, die beiderseitigen Beziehungen zu fördern. (CNAT, nach BBC PF, 30.1.02) Was also wirklich aus Qians Äußerung folgen wird, bleibt abzuwarten. Ein Indiz dafür, dass sich Beijing in seiner Wahrnehmung der Machtverhältnisse in Taiwan bewegt, scheint die Rede immerhin zu sein.

Erstaunlich war ein Teil der westlichen Berichterstattung. So schrieb das *Handelsblatt*: „Taipeis Vizepräsidentin ... erklärte sich bereit, die Einladung von Pekings Vizepremier Qian ... anzunehmen“ (29.1.02), und im selben Sinne titelte die NZZ: „Taiwans Vizepräsidentin nach Peking eingeladen“ (28.1.02). Von all dem konnte freilich

keine Rede sein: Eine Einladung an Annette Lü hatte es nie gegeben. -hws-

38 Parlament gibt Reisen via Kinmen frei

In einer turbulenten letzten Sitzung des scheidenden Parlaments spielte die KMT noch einmal ihre Macht aus und beschloss eine Reihe von Gesetzen, die von der Regierung nicht gewünscht waren. Unter anderem wird nun allen Bürgern Taiwans erlaubt, via Kinmen (Jinmen, Quemoy) oder Matsu (Mazu), jenen festlandnahen, kleinen Archipelen, aufs chinesische Festland zu reisen. Im Zuge des kleinen Grenzverkehrs, der seit 1.1.2001 in Kraft ist, war bislang nur den dortigen Insulanern diese bequeme Abkürzung erlaubt, während Bewohner der Hauptinsel nach wie vor nur über Macau, Hongkong oder einen Drittstaat aufs Festland reisen durften. (TT, 18.1.02) -hws-